

„Es war klar, der Feind sitzt da draußen.“

Bildung als (Wieder)Aneignung vergangener politischer Kämpfe in der Drogenhilfe

Anfang der 1990er Jahre eröffneten Drogenkonsument_innen in einigen westdeutschen Städten Kontaktläden in Eigenregie. Diese Geschichte der Selbstorganisation und der politischen Kämpfe für eine humanere Drogenpolitik und Drogenhilfe ist in der Fachliteratur kaum präsent. Die gemeinsame Beschäftigung mit dieser Zeit bietet für Nutzer_innen der Drogenhilfe sowie für Sozialarbeiter_innen die Möglichkeit politische Bildung als Teil und Aufgabe der Drogenhilfe zurückzugewinnen.

Deswegen finde ich auch das von Kontaktläden. Ich kenn es nicht, ich habe es nicht gekannt. Früher auch nicht, da gabs das nicht: Ich geh mal kurz in den Kontaktladen und tausch die Pumpen. Ja, also das war schon mal nen Ding, wo ich erstmal gekiekt hab. Ich seh das heute, dass die Leute irgendwo hingehen können, sich saubere Nadeln holen können, die mir praktisch das HIV-Virus, ich mein, ich hab nich hier geschrien. Ich hab mir das geholt über fünf, sechs Leute auf einer Nadel. Ich mein, du bist ja verfolgt worden, wenn de in die Apotheke bist und sagst: ich möchte fünf 18er Nadeln. Nach hinten und pichpichpich schon standen die Bullen vor de Tür. Ich mein, das war hammerhart. Weißt du, heute gehste in so nen Laden, bringst deine alten Dinger weg und kriegst dafür neue (Ursula, Nutzerin eines Kontaktladens, Z. 16 ff.).¹

Rebekka Streck

Berlin, Deutschland

*1976; Dr., Diplomsozialpädagogin, seit 2017 Professorin für Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule Berlin.

streck@eh-berlin.de

Zusammenfassung Die Entwicklungsgeschichte Sozialer Arbeit ist geprägt durch politische Kämpfe ihrer Adressat_innen. Am Beispiel der Drogenhilfe wird gezeigt, wie Drogenkonsument_innen Standards akzeptierender Drogenarbeit erkämpften, die wir heute für selbstverständlich halten. Ein Potenzial politischer Bildung kann in der gemeinsamen Rekonstruktion solcher Episoden des politischen Engagements liegen. So dass sowohl Sozialarbeiter_innen als auch Nutzer_innen sich der Veränderbarkeit heutiger Bedingungen Sozialer Arbeit bewusst werden.

Schlüsselwörter Geschichte der Drogenhilfe, Akzeptierende Drogenarbeit, Selbsthilfe, Politisches Engagement, Politische Partizipation

Mit diesem Vergleich beginnt Ursula, damals Anfang sechzig Jahre alt, von ihrer Geschichte mit Angeboten der Drogenhilfe zu erzählen. Diese Passage verdeutlicht anschaulich die drogenpolitischen Veränderungen seit Anfang der 1990er Jahre. Ursula ist Zeugin einer Zeit, in der illegaler intravenöser Drogenkonsum mit brutaler Verfolgung durch Polizei und Justiz, Stigmatisierung, Infektion mit HIV und Tod an AIDS einher ging. Zugleich ist sie Zeugin einer Zeit, die von älteren Drogenkonsument_innen als solidarische Zeit des politischen Engagements beschrieben wird.

Die Erforschung und damit auch Wertschätzung der politischen Kämpfe von Drogenkonsument_innen ist eine Möglichkeit, Bildungsprozesse bei Nutzer_innen und Sozialarbeiter_innen in der Drogenhilfe anzustoßen. Politische Bildung verstehe ich als Arrangement von Reflexionsräumen zu politischen Themen und als Unterstützung von Erfahrungen politischer Praxis. Damit gehe ich von der engen Verbundenheit politischen Handelns mit politischer Bildung aus, wie es im Demokratieverständnis von Dewey (1993, S. 121) angelegt ist: „Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“. Politische Bildung sollte damit immer einen Bezug zu Praxen der öffentlichen Artikulation oder Verhandlung von kollektiven Interessen haben.

Im Folgenden werde ich zunächst zwei Leerstellen in Praxis und Forschung der Drogenhilfe beschreiben: Bezogen auf den Auftrag politischer Bildung einerseits und das Wissen über politisches Engagement von Drogenkonsument_innen andererseits. Im zweiten Teil zeige ich mit einem Blick in die jüngere Geschichte, wie Drogenkonsument_innen als politische Subjekte agierten und für eine Veränderung der abstinenzorientierten Drogenhilfe kämpften. Hierzu gebe ich einen kurzen Einblick

in die Entstehung selbstorganisierter Kontaktläden zu Beginn der 1990er Jahre. Schließlich formuliere ich im dritten Teil einige Ideen zur partizipativen Erforschung politischer Kämpfe als Praxis politischer Bildung in der Drogenhilfe.

Politische Bildung – kein Thema in der Drogenhilfe

Im Gegensatz zur Kinder- und Jugendhilfe (bspw. mit Blick auf die Debatte zur Demokratisierung der Heimerziehung) wird in einigen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit politische Bildung weder als Auftrag noch als Methode diskutiert. Eins dieser Felder ist die sozialarbeiterische Drogenhilfe. Wohl haben Überlegungen zu Teilhabe im Zuge der UN-Behindertenrechtskonvention, dem Klassifikationssystem ICF sowie dem Bundes-teilhabegesetz Konjunktur. In Fachpublikationen finden sich Schlagworte wie „gesellschaftliche und berufliche Teilhabe“ oder „Teilhabe an der Gemeinschaft“ (bspw. DGSAS 2016, Sommerfeld 2016). Allerdings scheinen diese politische Beteiligung (auch an Sozialer Arbeit) und damit auch praktische politische Bildung nicht mitzudenken. In Arbeiten, die eher dem Spektrum des akzeptierenden Paradigmas der Drogenhilfe zugeordnet werden können, spielen durch Forschung ermittelte Bedarfe von Drogenkonsument_innen eine zentrale Rolle. Die Figur des_r Nutzer_in taucht aber auch hier vorrangig als Inanspruchnehmerin und kaum als politische Akteurin auf (bspw. Stöver 2012).

Woran kann diese erstaunliche Blindheit des Diskurses zu Drogenkonsum und Drogenhilfe in puncto politischer Meinungsbildung und Beteiligung liegen? Hierzu zwei Thesen:

1. „Sucht“ und „Drogenkonsum“ werden als individuelle Probleme konstruiert. Diese zentralen Gegenstände der Drogenhilfe werden als Bewältigung von biografischen Problemlagen oder als Krankheit verhandelt und nicht als stigmatisierende Kategorie oder als subkulturelles, vielleicht auch widerständiges Phänomen. Damit geht es aus fachlicher Perspektive kaum um gemeinsame Interessen oder Erfahrungen der Nutzer_innen, sondern um Verstehensprozesse individueller Lebensverläufe oder die lebensweltliche Bewältigung des „eigenen“ Alltags.
2. Nutzer_innen der Drogenhilfe werden als „abhängige“ und damit nicht als selbstbestimmte Subjekte konstruiert. Sie müssen zunächst durch die Hilfe von Professionellen in die Lage versetzt werden, ein „unabhängiges“ Leben zu führen.

Damit scheint politische Meinungsbildung oder politisches Engagement erst möglich, wenn quasi vorab eine wie auch immer definierte „Teilhabe“ erreicht wurde.

Hier zeigt sich eine interessante Differenz zu Konzepten der Gemeinwesenarbeit, in denen Partizipation und Demokratiebildung zentrale Prinzipien Sozialer Arbeit sind. Teilhabe als Auftrag für die Drogenhilfe wird außerhalb der Institutionen Sozialer Arbeit sowie außerhalb des politischen Systems verortet. Die Nutzer_innen von Angeboten der Drogenhilfe dürfen/sollen/müssen mitmachen, aber nicht mitbestimmen. Diese ernüchternde Bilanz zur Frage des Stellenwertes der politischen Bildung in der Drogenhilfe wirft die Frage auf, wie vor dem Hintergrund vielseitiger Ausschließungserfahrungen von Konsument_innen illegaler Substanzen diese überhaupt als politische Subjekte angesprochen werden können. Wie könnte politische Bildung als Thema und Praxis Sozialer Arbeit Einzug in die Drogenhilfe erlangen?

Vergessene und verdrängte Erfahrungen: Selbstorganisierte Kontaktläden und ihre Aktivist_innen

Gab es historische Episoden, in denen Drogenkonsument_innen als politische Akteur_innen sichtbar wurden? Gibt es lebensweltliche Erfahrungen, an denen politische Bildungsarbeit ansetzen könnte? Hierzu möchte ich kurz die Gründung selbstorganisierter Kontaktläden in verschiedenen westdeutschen Städten in Erinnerung rufen. Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre entstanden über 30 regionale Gruppen des BRD-weiten Netzwerks „Junkies | Ehemalige | Substituierte“ (JES) (www.jes-bundesverband.de). Damit reagierten illegale Substanzen konsumierende Männer und Frauen sowie Menschen, die Zugang zu den ersten Substitutionsprogrammen erhielten, auf eine Vielzahl an kriminalisierenden sowie stigmatisierenden Erfahrungen. Zugleich gebot die sich rapide verschlechternde gesundheitliche Situation durch die Ausbreitung von HIV neue gesundheitspolitische Interventionen. Die Aktivist_innen wendeten sich mit ihrem politischen Engagement unter dem Motto „Für ein menschenwürdiges Leben mit Drogen“ auch gegen die damalige Drogenhilfe. Zugang zu Hilfen erhielt nur, wer sich deren rigiden Regeln und pathologisierenden Problemdeutungen unterwarf und bereit war, sich dem Dogma der Abstinenz unterzuordnen (Schäffer 2001, S. 3 f.).

Im Rahmen dieser vitalen Selbsthilfebewegung entstanden Ortsgruppenbüros, die als Treffpunkte fungierten. Die Gruppen organisierten eine Vielzahl politischer Aktivitäten, wie Infostände, Flugblätter und Zeitungen, Veranstaltungen und Tagungen, Aktionstage und safer-use-Materialien, Radio- und Videoprojekte. In verschiedenen Städten öffneten – teils unterstützt mit öffentlichen Mitteln und flankiert durch die Deutsche AIDS Hilfe – selbstorganisierte Kontaktläden (bspw. Bonn,

Dortmund, Düsseldorf, Köln, Hamburg, Bremen, Berlin) (JES 2001; Fredersdorf 2002, S. 78 ff.).

Einer dieser Kontaktläden entstand 1990 in Bremen. Menschen, die von Gruppen Gründungen in anderen Städten gehört hatten, schlossen sich als JES Bremen zusammen. Offizieller Träger war zunächst der Träger „Kommunale Drogenpolitik“, über den die Selbsthilfe mit öffentlichen Finanzmitteln unterstützt wurde. Im April 1992 wurde JES Bremen als eingetragener Verein unabhängig und verwaltete damit auch den eigenen Haushalt. Der Bremer Senat stellte Personalmittel zur Verfügung (Bösche und Murken 1993, S. 97 ff.). JES Bremen bot Beratungen, Vermittlungen in Angebote der Drogenhilfe, Begleitungen und Kriseninterintervention an. Es gab verschiedene Selbsthilfegruppen. Zudem beteiligten sich die Mitglieder und Besucher_innen an drogenpolitischen Aktionen. Zu einem Zeitpunkt, als nur wenige intravenös Heroin konsumierende Menschen Zugang zu Methadonprogrammen hatten, setzten die Aktivist_innen in Zusammenarbeit mit Apotheker_innen und Ärzt_innen die Ersatzmittelbehandlung mit Kodein durch. Im Mai 1993 eröffnete ein Café für Substituierte (ebd.).

Marco Jesse, der 1992 zu JES Bremen kam und von dem der Titel dieses Beitrags stammt², beschreibt die Stimmung damals folgendermaßen: „Und was ich da erlebt hab, war einfach was komplett anderes, als das was ich aus der klassischen Suchthilfe kannte“ (Z. 27 f.). „Es ging um meine Arbeitsleistung, es ging um mich als Menschen und überhaupt nicht um meinen Konsum“ (Z. 45 f.). Jesse wurde in den Vorstand gewählt und engagierte sich ehrenamtlich für das Fortbestehen der Angebote der Selbsthilfe sowie die politische Artikulation von Drogengebrauchenden auf Landes- und Bundesebene. 2007 wechselte er als neuer Geschäftsführer zum Junkiebund Köln. Jesse schreibt die politischen Erfolge der Organisation von Drogenkonsument_innen zu Beginn der 1990er Jahre erstens einflussreichen, visionären Menschen zu, die es brauchte, „um den Platz, den wir jetzt haben, zu erkämpfen“ (Z. 224). Zweitens habe es ein politisches Verständnis vom Konsum gegeben und eine Kritik am gesellschaftlichen Kontext, der den Konsum kriminalisiert und stigmatisiert.

„Also was vielleicht auch noch viel stärker als jetzt bewusst war, war dass das Hilfesystem so wie es ist, nicht gut ist. Und dass man eigentlich nur, wenn man es selber macht, die Möglichkeit hat, da entscheidend drauf Einfluss zu nehmen. [...] Ist auch ein bisschen eine Generationsfrage, weil die Generation, die damals aktiv war, war auch vom Jahrgang her mit einem anderen politischen Bewusstsein ausgestattet. Also dann die 68er, wo viel kritisches Denken sowieso schon war. Auch die

Bereitschaft neben der Sucht und dem ganz normalen Beschaffungsalltag, Beschaffungsstress sich auch noch mal mit anderen Sachen zu beschäftigen. Die war viel größer. [...] Und das war genau diese Generation, wo der Konsum auch ganz viel mit Haltung zu gesellschaftlichen Fragen und dem Leistungsprinzip zu tun hatte. Wo man sich eben auch bewusst abgrenzen wollte. Wo ja auch die Idee herkam, Junkie als Begriff ganz bewusst mit in die Namensgebung reinzunehmen, um wie das in der Schwulenbewegung war, mit so einem positiven Selbstverständnis zu belegen. Ein dritter hat mich nicht Junkie zu nennen. Aber ich kann mich sehr wohl stolz als Junkie bezeichnen. Im positiven Selbstverständnis“ (Z. 293 ff.).

Jesse beschreibt hier eine sich als politisch verstehende Drogenszene, die sich in Auseinandersetzung mit bestehenden Angeboten der Drogenhilfe selbst organisierte.

2009, zwei Jahre nachdem Marco Jesse JES Bremen verließ, löste sich der Verein auf und der Kontaktladen wurde geschlossen. Jesse führt die Schließung auf die Streichung finanzieller Mittel, die Schwierigkeit, Aktivist_innen zu finden, die mangelnde Anerkennung innerhalb der professionellen Drogenhilfe und auf Probleme bei der Verwaltung der Geldmittel zurück (Z. 112 f. und 392 ff.).

Ein Blick in die wenigen Abhandlungen zur Geschichte der Drogenhilfe zeigt, dass Betroffene der repressiven Drogenpolitik als politische Akteur_innen zwar Erwähnung finden. Ihr Beitrag und die Bedeutung politischer Kämpfe für eine humanere Drogenpolitik und Drogenhilfe jedoch kaum explizit hervorgehoben werden (vgl. bspw. INDRO e. V. 1994, Jungblut 2004).

Geschichtsschreibung Sozialer Arbeit wird zumeist von und für Profession und Disziplin vorgenommen. Damit geht die Gefahr einher, dass das Engagement derjenigen in Vergessenheit gerät, die unter der damaligen Sozialen Arbeit sowie den gesellschaftlichen Verhältnissen zu leiden hatten. Zugleich geschehen Enteignung und Verschüttung gerade in den Bereichen, in denen politische Bildung keinerlei Rolle im Bewusstsein der Professionellen sowie nur marginal im Bewusstsein der Disziplin spielt.

Geschichtsschreibung von unten als politischer Bildungsprozess für Nutzer_innen und Sozialarbeiter_innen

Die individualisierende und pathologisierende Konstruktion des „Suchtkranken“ scheint deren Wahrnehmung als politische Subjekte fast zu verunmöglichen. Ein Blick in die Geschichte belehrt Sozialarbeiter_innen und Drogenkonsument_innen jedoch eines Besseren. Zugleich wissen wir kaum etwas über Phasen der

Solidarisierung und Organisation politischer Kämpfe von Drogenkonsument_innen in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren. Das ist um so erstaunlicher, als dass Zeitzeug_innen und Aktivist_innen befragt werden könnten. Eine wichtige Erkenntnis aus der Beschäftigung mit dem Gewordensein Sozialer Arbeit ist, dass Nutzer_innen sowie durch Soziale Arbeit Geschädigte diese maßgeblich mitgestaltet und Veränderungen angestoßen haben. Seien es die aus Heimen entflohenen Jugendlichen in den 1960er Jahren, die Irren-Offensive oder die Krüppelbewegung. Paradigmen und Formate heutiger Sozialer Arbeit sind von mehr oder weniger organisiertem Widerstand von Betroffenen beeinflusst worden.

Bezogen auf hoch individualisierte und individualisierende Arbeitsfelder Sozialer Arbeit zeigt ein Blick in die Geschichte, dass diese Art der „Behandlung“ nicht zwangsläufig ist. Politisches Engagement sowie Solidarisierung sind und waren möglich. Praxis politischer Bildung kann dementsprechend bedeuten, gemeinsam mit Nutzer_innen mit einem forschenden Blick in die Geschichte des eigenen Trägers oder der eigenen Stadt zu schauen. Man kann sich gemeinsam auf die Suche nach Zeitzeug_innen begeben. So kann verschüttete politische Erfahrung freigelegt und deren Wert für heutige Debatten um politische Partizipation gemeinsam diskutiert werden. Mit dem Wissen um Erfolge, aber auch Schwierigkeiten der Selbstorganisation stellt sich die Frage, was aus Betroffenen-sicht heutiges politisches Engagement thematisieren muss und wie es organisiert werden könnte. Zugleich ermöglichen solche partizipativen Geschichtswerkstätten Bildungsprozesse bei den Sozialarbeiter_innen, in denen sie eigene Zuschreibungen und Klient_innen-Konstruktionen hinterfragen.

Wenn Bildung, wie Winkler (2005, S. 178) sie konzipiert, „in neuen Handlungs- und Denkweisen sich zeigt, eine andere Weltsicht verrät“, dann kann politische Bildung als reflexive und/oder gestaltende Aneignung politischer Partizipationsräume verstanden werden. Bezogen auf die forschende Rekonstruktion von Episoden vergangener sozialer Kämpfe wird politische Bildung sowohl bei Nutzer_innen als auch bei Sozialarbeiter_innen in dreifacher Hinsicht ermöglicht: als Aneignung historischer Erfahrungen, als Auseinandersetzung mit Möglichkeiten politischer Gestaltung und als andere Sicht auf Konsument_innen illegaler Substanzen. Die tätige Auseinandersetzung mit politischen Veränderungen und deren Folgen ermöglicht, dass Räume der Selbstreflexivität entstehen, in denen das Vergangene mit dem Heute verglichen wird. Gewordensein verweist auf Veränderbarkeit. Dass Drogenkonsument_innen heute – zu Ursulas Erstaunen – für gebrauchte Spritzen neue erhal-

ten, haben sie Aktivist_innen von damals zu verdanken und nur zu einem Teil dem Engagement von Sozialarbeiter_innen für eine humanere Drogenpolitik. ❀

Funding. Open Access funding provided by Projekt DEAL.

Open Access. Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

1. *Das Interview wurde 2013 im Rahmen des Forschungsprojektes „Nutzung und Aneignung offener Drogenarbeit“ geführt (vgl. Streck 2016). Dieser Ausschnitt ist sprachlich bereinigt, d. h. Wiederholungen und Versprecher wurden entfernt.*
2. *Mit „Es war klar, der Feind sitzt da draußen“ brachte Marco Jesse im Interview am 24. Januar 2018 das Grundverständnis der selbstorganisierten Gruppen auf den Punkt. Er ist heute Geschäftsführer von Vision e. V., dem einzigen selbstorganisierten, akzeptanzorientierten Kontaktladen bundesweit. Dieser besteht seit Anfang der 1990er Jahre. „Damals gab es schon so ein Grundverständnis: Wir sind eine Gruppe bei allen Konflikten, die man untereinander hat. Der Feind sitzt da draußen. Hier drinnen kann man sich die Köpfe einschlagen, aber wenn es nach draußen geht, dann geht man gemeinsam“ (Jesse 2018, Z. 498).*

Literatur

- Bösche, R. & Murken, H.-M. (1993). Zum Beispiel JES Bremen. In Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (Hrsg.), *10 Jahre Deutsche AIDS-Hilfe. Geschichten & Geschichte* (S. 97–101). Berlin: Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
- Bundesweites Selbsthilfe-Netzwerk JES Junkies Ehemalige Substituierte (2001). *10 Jahre JES-Netzwerk*. Berlin: Bundesweites Selbsthilfe-Netzwerk JES Junkies Ehemalige Substituierte.
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit in der Suchthilfe (2016). *Kompetenzprofil der Sozialen Arbeit in der Suchthilfe und Suchtprävention*. Münster: Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit in der Suchthilfe.
- Dewey, J. (1993). *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Weinheim, Basel: Beltz.
- Fredersdorf, F. (2002). *Verantwortung leben. Ambulante Drogenselbsthilfe in Deutschland*. Geesthacht: Neuland.
- INDRO e. V. (Hrsg.). (1994). *Reader zur niedrigschwelligen Drogenarbeit in NRW. Erfahrungen, Konzepte, Forschungen*. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Bildung.
- Jungblut, H. J. (2004). *Drogenhilfe. Eine Einführung*. Weinheim, München: Juventa.

Schäffer, D. (2001). Endlich – es ist geschafft. In Bundesweites Selbsthilfe-Netzwerk JES Junkies Ehemalige Substituierte (Hrsg.), *10 Jahre JES-Netzwerk* (S. 3–4). Berlin: Deutsche AIDS-Hilfe e.V.

Sommerfeld, P. (2016). Sucht – ein medizinisches oder ein soziales Problem? *SuchtMagazin*, 6/2016, 27–31.

Stöver, H. (2012). Konzepte und Arbeitsmethoden der Sozialen Arbeit in der Suchthilfe. *Suchttherapie*, 13/2012, 162–166.

Streck, R. (2016). *Nutzung als situatives Ereignis. Eine ethnografische Studie zu Nutzungsstrategien und Aneignung offener Drogenarbeit*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Winkler, M. (2005). Bildung und Erziehung. In H.-U. Otto & H. Thiersch (Hrsg.), *Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik* (3. Aufl. S. 169–182). München: Ernst Reinhardt.

Hier steht eine Anzeige.

